

# Jahresbericht 2025

Handelspolitik



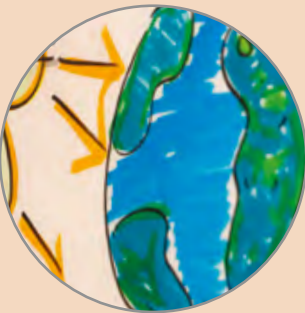
Koloniale  
Kontinuitäten



Rohstoff-  
gerechtigkeit



Sozial-ökologischer  
Umbau



Voice and Space



**WÖK** | **KASA**

Werkstatt Ökonomie

Klimaneutral gedruckt  
auf 100 % Recyclingpapier  
mit dem Blauen Engel.



[naturaOffice.com/DE-291-PGEDER2](https://naturaOffice.com/DE-291-PGEDER2)

# Inhaltsverzeichnis

<b>5</b>	<b>Vorwort</b>
<b>6–7</b>	<b>Die Werkstatt Ökonomie</b>
<b>8</b>	<b>Stiftung Werkstatt Ökonomie</b>
<b>9–13</b>	<b>Rückblick Veranstaltungen</b>
<b>14–27</b>	<b>Einblicke in die Projektarbeit</b>
<b>14</b>	Globaler Handelskontext und strategische Positionierung
<b>16</b>	Genozidaufarbeitung im Gegenwind
<b>18</b>	Studie zu Rohstoffgerechtigkeit in Baden-Württemberg
<b>20</b>	Der Kampf um die Lieferkettengesetze geht weiter
<b>22</b>	Angola: Lobbyarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Rohstoffpolitik und Menschenrechten
<b>24</b>	KASA Dienstreise
<b>26</b>	„Gesellschaft zusammenbringen“
<b>28</b>	Finanzübersicht
<b>29</b>	Publikationen



### **Initiative Transparente Zivilgesellschaft**

Wer für das Gemeinwohl tätig wird, sollte der Gemeinschaft sagen, welche Ziele die Organisation anstrebt, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungsträger\*innen sind. Aus dieser Überzeugung setzt die Werkstatt Ökonomie seit 2020 die Transparenzerwartungen der Initiative Transparente Zivilgesellschaft um und informiert auf ihrer Website unter [www.woek.de/ueber-uns/transparenz](http://www.woek.de/ueber-uns/transparenz) über alle von der Initiative empfohlenen Sachverhalte.

# Vorwort

● ● Liebe Unterstützer:innen,

„Prüft alles und behaltet das Gute.“ (1. Thess 5,21). Das war die Jahreslosung für 2025. Was bedeutete das für die Arbeit der Werkstatt Ökonomie (WÖK)?

Zunächst einmal haben sich räumliche Veränderungen ergeben und das Team der WÖK konnte zum 1. Juli das Büro in der Landhausstraße in Heidelberg beziehen. Bei diesem Umzug musste das Team die Frage ganz praktisch angehen und aussortieren.

Was aber keinesfalls die bisherige Themenbreite und Intensität der Auseinandersetzung mit den Schwerpunkten anbelangt. Insbesondere der Schwerpunkt Koloniale Kontinuitäten konnte durch den Gewinn von Felix Henn als Namibia-Referent stark ausgebaut und vertieft werden. Seine Stelle ist eingebettet in das Bündnis „Völkermord verjährt nicht“ und er steht im engen Austausch mit betroffenen Bevölkerungsgruppen in Namibia. Dank einer Förderung von Brot für die Welt können wir diese Ressource für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher und politischer Bildungsarbeit bereithalten.

Leider hat das EU-Parlament nicht ausreichend genug geprüft, was das Lieferkettengesetz wirklich Gutes für global faire Arbeits- und Lebensbedingungen bewirken kann. Umso wichtiger, dass wir weiter an den Debatten beteiligt sind. Der Einsatz für sozial gerechte Arbeits- und Handelsbedingungen ist wichtiger denn je in einer Welt, die politisch, wie sozial mit neuer Wucht auseinanderzudriften scheint.

Eine neue Studie dokumentiert den überdurchschnittlich hohen Bedarf an Rohstoffen Baden-Württembergs und die gravierenden Auswirkungen des Rohstoffabbaus in ausgewählten Herkunftsländern. Im Sinne unseres Voice and Space Ansatzes kommen direkt betroffene Menschen etwa aus Simbabwe zu Wort. Die Studie wurde in enger Zusammenarbeit mit dem DEAB und dem ifeu-Institut erarbeitet. Mit konkreten Handlungsempfehlungen an Politik und Wirtschaft regt sie an, zu prüfen, wie Rohstoffe bezogen werden und wie sie auch geschont werden können. Nur durch ein Mehr an Nachhaltigkeit und ein stetiges Bewusstmachen dafür, kann ein gutes Leben für alle real werden.

Ergänzend zum politischen Handeln verfolgen wir den Ansatz, lokale Bündnisse von Transformation zu schaffen und zu fördern. Gerade die Gemeinwohlökonomie lädt dazu ein, uns konkret zu hinterfragen,

was gut ist, was man wirklich zum Leben braucht und wie wir die Gesellschaft wieder zusammenbringen können.

Die KASA ist verlässliche und kritische Beobachterin politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen im südlichen Afrika. Dies floss etwa in die vier Länderpapiere ein, die über das Forum Menschenrechte im November an Außenminister Dr. Johann Wadephul und den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe Prof. Dr. Lars Castellucci übergeben wurden.

Die KASA unterstützt seit diesem Jahr im Auftrag von Brot für die Welt und Misereor angolische Partnerorganisationen dabei, ihre Perspektiven in deutsche und europäische Politikprozesse einbringen zu können. Wir sind gespannt, wie sich die neuen Kontakte im Portfolio der KASA auf das Zusammenspiel mit den bisherigen Netzwerken auswirken.

Der Vorstand hat sich in seinen Sitzungen und Klausuren regelmäßig mit der Arbeit auseinandergesetzt und sich auch mit der finanziellen Ausstattung weiter befasst. Wir sind froh über alle Unterstützer:innen, private wie institutionelle, die fortwährend die WÖK und damit Solidaritätsarbeit im Lokalen wie Globalen finanziell und ideell unterstützen.

Als Vorstand möchten wir einladen, dass Sie die WÖK in alle Munde bringen, damit die Kompetenzen abgefragt und eingebracht werden können und sie neue Unterstützer:innen bekommt. In Zeiten, in denen die regelbasierte Weltordnung hinterfragt wird, ist es wichtig, Netzwerke zu haben, die kritisch auf das Agieren der Mächtigen blicken und in gegenseitiger Unterstützung Solidarität leben.

Herzlichst im Namen des Vorstands,  
Uli Baege



# Die Werkstatt Ökonomie

Seit 40 Jahren engagiert sich die Werkstatt Ökonomie für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Unsere Mitverantwortung an der Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen durch unser tägliches Handeln und Wirtschaften aber auch aufgrund unserer kolonialen und neo-kolonialen Strukturen ist uns Antrieb, um ungerechte Strukturen sichtbar zu machen, Räume für politisches Engagement zu erschließen und durch Handlungsoptionen an der Beseitigung von Missständen zu arbeiten.

Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit sind für uns entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen eines nachhaltigen Umverteilungs- und Transformationsprozesses. Dies lässt sich nicht durch kurzfristige Projekte oder Programme erreichen. Daher sind wir unseren Länder- und Themenschwerpunkten über viele Jahre hinweg treu und entwickeln sie stetig weiter.

## Lobby- und Advocacyarbeit

Die politische Advocacyarbeit wird getragen von lebendigen Beziehungen zu Partnerorganisationen und Basisbewegungen vor allem aus dem Südlichen Afrika. Deren Anliegen nehmen wir auf und setzen sie in Forderungen gegenüber Politik und Unternehmen um. Unsere Lobbyarbeit wird durch Vernetzung gestärkt und durch zielgerichtete Kampagnen unterstützt. Wir suchen dabei nach wirksamen Handlungsmöglichkeiten, die auch die Komplexität politischer Zusammenhänge berücksichtigt.

## Kampagnenarbeit

Anhand konkreter Herausforderungen thematisieren wir in der Öffentlichkeit die negativen Auswirkungen des Handelns von Politik und Unternehmen auf die Menschen sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden.

Wir mobilisieren etwa für eine gerechte Handelspolitik mit Ländern des afrikanischen Kontinents und setzen uns für alternative Wirtschaftsbeziehungen ebenso ein wie für gesetzliche Rahmen für deutsche und europäische Unternehmen.

Wir generieren Pilotprojekte für einen sozial-ökologischen Umbau, um das Potenzial für ein gutes Leben für alle sichtbar zu machen.



## Bildungsarbeit

Durch unsere Newsletter, Hintergrundinformationen und Artikel in Fachzeitschriften versuchen wir, unsere Anliegen einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und fundierte Diskussionen anzustoßen. Wir erarbeiten zu ausgewählten Themen Material für schulische und außerschulische Bildung. Aufgrund unserer breiten Expertise werden wir als Referent:innen zu Vorträgen und Seminaren eingeladen. Wenn möglich, schaffen wir selbst Plattformen, auf denen vor allem unsere Partner:innen aus dem Globalen Süden zu Wort kommen.

## Wir vernetzen und sind vernetzt

Die WÖK bringt sozio-ökonomische Fragen in kirchliche und außerkirchliche Strukturen ein. Wir versuchen dafür auf nationaler und internationaler Ebene Bündnispartner zu gewinnen und Kräfte zu bündeln.

## Wir sind solidarisch

Mit der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA sind wir eine Schnittstelle zwischen Gruppen und Organisationen im Südlichen Afrika und in Europa, die sich für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzt. Wir öffnen Räume für die Diskussion von Alternativen und verschaffen Menschen Gehör, deren Stimmen allzu oft überhört werden („Voice & Space“). Die Impulse aus dem Südlichen Afrika nehmen wir auf und bringen sie in die politische Debatte hierzulande ein.

## Team



**Birgit Albrecht**  
Büroorganisation und  
Finanzverwaltung  
Telefon 06221 3618753  
[birgit.albrecht@woek.de](mailto:birgit.albrecht@woek.de)



**Joachim Langer**  
Referent Gemeinwohl-Ökonomie  
Projekt „Gesellschaft zusammenbringen“  
Telefon 0172 9655134  
[joachim.langer@woek.de](mailto:joachim.langer@woek.de)



**Felix Henn**  
Referent der KASA für Namibia  
*seit Mai*  
Telefon: 0160 4695416  
[felix.henn@woek.de](mailto:felix.henn@woek.de)



**Dr. Boniface Mabanza Bambu**  
Referent der Kirchlichen Arbeitsstelle  
Südliches Afrika (KASA)  
Handelsexperte  
Telefon 06221 3618753  
[boniface.mabanza@woek.de](mailto:boniface.mabanza@woek.de)



**Simone Knapp**  
Geschäftsführerin  
Referentin der Kirchlichen Arbeitsstelle  
Südliches Afrika (KASA)  
Telefon 06221 3618754  
[simone.knapp@woek.de](mailto:simone.knapp@woek.de)



**Felix Roll**  
Fachpromotor  
Referent für Wirtschaft und  
Menschenrechte  
Telefon 06221 3618754  
[felix.roll@woek.de](mailto:felix.roll@woek.de)

## Vorstand



**Uli Baege**  
Referent für Entwicklung und  
Partnerschaft Afrika  
Zentrum Oekumene, Frankfurt  
*seit Mai*



**Barbara Riek**  
Bildungsreferentin i.R.  
Ulm  
Vorsitzende



**Dr. Lothar Elsner**  
Diakoniewissenschaft,  
Theologische Hochschule  
Reutlingen



**Helmut Törner-Roos**  
Pfarrer i.R.  
Gelnhausen  
*bis Mai*



**Maximilian Heßlein**  
Pfarrer, Kirchlicher Dienst  
in der Arbeitswelt Baden  
Mannheim  
Vorsitzender



**Marita Wagner**  
Bildungsreferentin für  
antirassistische  
und dekoloniale Bildungsarbeit

# Stiftung Werkstatt Ökonomie



●● Dank eines Nachlasses konnten wir 2022 eine Stiftung gründen, mit der wir vorrangig Projekte der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika bei der Werkstatt Ökonomie umsetzen und damit den Stimmen aus dem Globalen Süden hier bei uns in Öffentlichkeit und Politik eine Plattform schaffen. Sie eröffnet Räume für die Diskussion von Alternativen und verschafft Menschen Gehör, deren Stimmen allzu oft überhört werden („Voice & Space“). Grundlage dafür sind unsere partnerschaftlichen Beziehungen auf Augenhöhe, durch die wir Impulse aus dem Südlichen Afrika in die Solidaritätsarbeit und in die politische Debatte einbringen.

Gerade langfristige Prozesse und belastbare Partnerbeziehungen brauchen unabhängige Finanzmittel. In einer Zeit, in der die Kosten steigen, gleichzeitig aber die Projektmittel durch Inflation und Kürzungen weniger werden, ist eine unabhängige Finanzierung immer wichtiger geworden. Daher brauchen wir umso mehr Menschen, die unsere Arbeit für wirtschaftliche, soziale und ökologische Rechte, für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung auch finanziell unterstützen.

**Wir freuen uns über Zustiftungen, über Spenden von Geburtstagen oder anderen Anlässen in die Stiftung Werkstatt Ökonomie.**

Unser Stiftungsfonds liegt in einer Dachstiftung der GLS Treuhand e.V. in Bochum. Das Vermögen wird dort sorgfältig, risikoarm und nach ethischen Kriterien angelegt.

### Dachstiftung für individuelles Schenken

IBAN DE54 4306 0967 0103 7008 00

Verwendungszweck:

Stiftung Werkstatt Ökonomie (973) – Spendenqualität

### Dauerhafte oder einmalige Spende

Unsere Arbeit ist Ihnen so wichtig, dass Sie dauerhaft oder einmalig einen Beitrag leisten wollen? Dann können Sie das bequem online über unsere Spendenplattform erledigen.

Sie haben noch Fragen oder Anliegen? Sehr gerne stehen wir auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

### Spendenkonto

Werkstatt Ökonomie,  
IBAN DE12 4306 0967 8018 8516 01  
GLS Gemeinschaftsbank eG,  
BIC GENODEM1GLS

Die Werkstatt Ökonomie ist als gemeinnützig anerkannt und kann Spendenbescheinigungen ausstellen.



# Rückblick Veranstaltungen

## 18. März 2025 Studenten und Alte Herren im kolonialen Rausch.



Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus (IWgR) konnten wir eine Buchvorstellung zum Thema „Burschenschaften und Kolonialismus vom Vormärz bis zur Gegenwart“ in Kooperation mit verschiedenen antifaschistischen Organisationen aus Heidelberg organisieren.

Dr. Andreas Bohne beschäftigte sich in seiner Dissertation mit Burschenschaften, die zu den frühen Protagonisten des kolonialen Eifers gehörten. Während des Wilhelminischen Kaiserreichs stehen sie für das pro-koloniale Bürgertum, welches sich in Verbänden engagierte oder in Universitätsstädten wie etwa Heidelberg unter den Studenten für eine pro-koloniale Stimmung warb. Burschenschaftliche Merkmale wie Propagierung von Männlichkeit oder die Überbetonung von Ehre förderten koloniale Überzeugungen. Diskussionen wie um sogenannte „Mischehen“ oder um den „Arierparagraphen“ verdeutlichen, wie sich kolonialrassistische Überzeugungen internalisiert haben.

Bis heute wird in Burschenschaften die koloniale Vergangenheit ausgeblendet oder – wenn sie ins Bewusstsein gelangt – verharmlost. Die engagierte Diskussion in der vollen VHS zeigte, wie wenig die von Bohne aufgeführten Personen aus Heidelberg bekannt waren und wie wichtig auch eine Auseinandersetzung mit der lokalen kolonialen Vergangenheit ist, wenn es um die Bekämpfung von

Rassismus geht. Die Veranstaltung war sicher eine der politischsten innerhalb der IWgR.

## 29. April 2025 Solidarität.MACHT.Zukunft. – Entwicklungspolitische Landeskonzferenz

Am 26. April 2025 feierte unser Baden-Württembergischer Dachverband Entwicklungspolitik (DEAB) in Stuttgart sein 50-jähriges Bestehen mit einer beeindruckenden Landeskonzferenz. Unter den über 240 Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft war auch die Werkstatt Ökonomie aktiv vertreten. An unserem Diskussionstisch zur Rohstoffgerechtigkeit debattierten wir, wie Baden-Württemberg seiner globalen Verantwortung gerecht werden kann. Unsere Impulse flossen direkt in die zentralen Forderungen der Konferenz ein: Wir fordern ein zukunftsfähiges Wirtschaften, das durch eine sozial und ökologisch faire öffentliche Beschaffung sowie den Abbau kolonialer Kontinuitäten echte globale Gerechtigkeit schafft. Die Konferenz hat gezeigt: Unsere Expertise ist gefragt, um den politischen Willen im Land in verbindliches Handeln zu übersetzen.



## 1. Mai 2025 / 7. September 2025 Fahrradtour: Hafen als politischer Ort

Der 1. Mai als Internationaler Tag der Arbeit geht auf die Arbeiter:innenbewegung des späten 19. Jahrhunderts zurück.

Am 1. Mai 1886 demonstrierten in den USA Hunderttausende für den Achtstundentag. Viele Errungenschaften, die wir heute für selbstverständlich halten, wurden hart erkämpft. Gleichzeitig schufteten weiterhin Millionen von Menschen weltweit unter unmenschlichen Bedingungen im Bergbau, auf Plantagen oder in Textilfabriken und werden für ihre Arbeit ausgebeutet. Unter dem Titel „Der Hafen als politischer Ort“ organisierten wir eine Fahrradtour durch den Mannheimer Hafen, um die globalen Verbindungen zwischen unserem Wirtschaftssystem, unseren Lieferketten und den Menschenrechtsverletzungen deutscher Unternehmen aufzuzeigen. Mit dabei waren zwei Expert:innen einer NGO aus der Demokratischen Republik Kongo, die über die gefährlichen und unmenschlichen Bedingungen im Bergbau berichteten.



Das Bündnis EndCement zeigte vor dem riesigen Kran von Heidelberg Materials die Verstrickungen des Unternehmens in die besetzten Gebiete in Palästina auf und enthüllte dort oben ein Plakat. Mit dem eindrucksvollen Blick auf das Gelände der BASF berichteten wir, was das Unternehmen aus Ludwigshafen mit dem Massaker in einer Platinmine in Südafrika zu tun hat. Und im Regattahafen sprachen wir schließlich über die Arbeitsbedingungen in der heutigen Binnenschifffahrt. Aufgrund der großen Nachfrage und der guten Rückmeldungen wiederholten wir die Fahrradtour im September und werden das Format gemeinsam mit dem Rhein-Neckar-Industriekultur e.V. weiterführen.

●● Rückblick Veranstaltungen

**1. Juli 2025  
Workshop: Gesellschaft  
zusammenbringen**

Auf der Entwicklungspolitischen Regionalkonferenz in Heidelberg waren wir mit einem Workshop dabei. Unser Projekt möchte Akteur:innen und verschiedene Themen auf lokaler Ebene zusammenbringen, um gemeinsam wirksamer für Veränderungen zu werden. Dazu gab es zwei Arbeitsphasen, in denen Kleingruppen in einem ersten Schritt der Frage nachgingen, wie die eigenen Projekte der Teilnehmenden zu einem „guten Leben für alle“ beitragen und wie dadurch eine qualitative Steigerung der Lebensqualität für die Bürger:innen sichtbar und spürbar werden kann.



Die zweite Aufgabe lautete: Wie müssen Regeln und Rahmenbedingungen aussehen, damit die Menschen eingeladen und motiviert werden, nachhaltig und global gerecht zu handeln. Das leitete die Teilnehmenden an, die individuelle Ebene zu verlassen und in strukturellen Lösungsansätzen zu denken. Es war insgesamt ein intensiver Austausch und entsprechend positiv war das Feedback.

**16.–17. August 2025  
SADC People’s Summit  
auf Madagaskar**

Der SADC People’s fand vom 16. bis 17. August in Madagaskar im Vorfeld des 45. Gipfels der Staats- und Regierungschef:innen der Region statt. Für viele Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen war es die erste



Begegnung mit dem Land und mit der dort allgegenwärtigen schockierenden Armut. Der Austausch machte deutlich, dass die soziale Krise eng mit politischer Instabilität, schwacher staatlicher Infrastruktur und klimabedingten Herausforderungen verknüpft ist.

Unter restriktiven Bedingungen – der People’s Summit wurde von der Hauptstadt nach Antsirabe verlegt – diskutierten rund 200 Vertreter:innen zentrale Themen wie Schulden, Handel, Klimawandel und autoritäre Tendenzen. Die Ergebnisse wurden in einer gemeinsamen Abschlusserklärung gebündelt. Trotz erschwelter Rahmenbedingungen bot der Summit eine wichtige Plattform für regionale Vernetzung und kritische Perspektiven auf Entwicklung und Souveränität im südlichen Afrika.

**06. September 2025  
Afrika neu denken**

Die Konferenz stand unter dem Motto „Afrika im Ellbogenzeitalter“ und setzte sich kritisch mit geopolitischen Spannungen, Handelskonflikten und sinkender Entwicklungsfinanzierung auseinander. Ziel war es, dominante



Afrika-Narrative zu hinterfragen und Perspektiven afrikanischer Selbstbestimmung zu stärken.

In den Hauptvorträgen wurde deutlich, dass afrikanische Staaten ihre strategische Handlungsfähigkeit durch Eigenverantwortung, starke Institutionen und nachhaltige Nutzung eigener Ressourcen ausbauen müssen. Zudem wurde die Rolle von Kultur als Instrument zur Dekolonisierung von Wissen und zur selbstbestimmten Gestaltung von Zukunft hervorgehoben.

Ein weiterer Fokus lag auf wirtschaftlicher Souveränität im Kontext einer multipolaren Weltordnung. Dabei wurde die afrikanische Diaspora als zentraler Partner für Entwicklung, Wissenstransfer und politische Einflussnahme betont. Die Konferenz leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung differenzierter und zukunftsorientierter Afrika-Diskurse.



**11. September 2025  
Einweihungsparty**

So einer Party geht immer ein Umzug voraus. Nachdem absehbar war, dass wir mit dem Welthaus aus dem Gebäude des Hauptbahnhofs wegen Renovierung ausziehen müssen, kam uns das Angebot der Ev. methodistischen Kirche in Heidelberg mehr als recht. Die Räume in der Landhausstraße sind nicht nur zentral gelegen, sondern auch wunderschön und haben gerade die richtige Größe für uns. Der Umzug selbst war eine große Kraftanstrengung mitten in der Sommer-

●● Rückblick Veranstaltungen

hitze. Auch wenn wir etliches entsorgt haben, blieben viele Bücherkartons und Aktenorder übrig, die geschleppt werden mussten. Vom ersten Moment an hat sich das Team in den neuen Büros mit Balkon wohlgefühlt, auch wenn wir deutlich weniger Platz zur Verfügung haben. Dieses gute Gefühl wollten wir mit Freund:innen, Kolleg:innen, Familie und Nachbarn teilen. Wir haben den großzügigen Hof in Beschlag genommen und mit leckeren tansanischen Häppchen gebührend gefeiert. Das Feiern im Hof wird eine neue WÖK Tradition, die wir im Herbst mit einem Glühweinfest fortgesetzt haben. Dadurch wollen wir uns als WÖK auch stärker lokal verorten, Menschen ins Gespräch miteinander bringen und das gute Leben zelebrieren.

**18. September 2025  
Fairer Lunch Talk in Berlin**

Anlässlich der Fairen Woche und des 50-jährigen Jubiläums des DEAB e.V. luden der Dachverband und das Staatsministerium Baden-Württemberg in die Baden-Württembergische Landesvertretung nach Berlin ein. Das Ziel war es, die Abgeordneten mit den Eine-Welt Promotor:innen ins Gespräch zu bringen. Felix Roll hat bei der WÖK die Promotorenstelle für faires und zukunftsfähiges Wirtschaften. Insgesamt stellen in Baden-Württemberg 19 Promotor:innen durch ihr Fachwissen und ihre Vernetzungsarbeit sicher, dass globale Themen lokal Gehör finden. Da das Programm von Kürzungen betroffen ist, war es umso wichtiger, dass die Promotor:innen



auch in Berlin vor den Haushaltsverhandlungen ihre wertvolle Arbeit sichtbar machen konnten.

**22. September 2025  
Rohstoffgerechtigkeit: Simbabwe im Lithiumrausch**



Um es mit den Worten des Referenten Zacharia Grant auszudrücken: „Wir bedanken uns herzlich für die erfolgreiche Ausrichtung der gestrigen Veranstaltung. Besonders beeindruckt hat uns die Zusammensetzung der Teilnehmenden, darunter Politiker:innen, Vertreter:innen von Geberorganisationen, Wissenschaftler:innen und Partner von Nichtregierungsorganisationen. Besonders gefallen hat uns, dass die meisten von ihnen auf die eine oder andere Weise Interesse an Simbabwe haben.“

Wie eine Zuhörer:in bei der Fragerunde bemerkte, war das Konzept aufgegangen: Zunächst führte Simone Knapp nach Simbabwe und stellte den historischen Kontext sowie die derzeitige politische Lage dar, um die Zuhörenden auf die beiden Vorträge zum Lithiumabbau vorzubereiten. Dr. Zacharia Grant schlug den Bogen von kolonialen Abbaustrukturen, über die Übernahme der meisten Minen durch chinesische Konzerne zu den Menschenrechtsverletzungen in den Bergbauregionen und Communities. Ndai Garura erläuterte anschaulich, wie die Arbeit von CNRG vor Ort durch Empowerment und Lobbyarbeit Veränderungen für die Gemeinschaften erwirken konnten. Abschließend holte uns Felix Roll wieder zurück und stellte erste Studienergebnisse zum Rohstoffver-

brauch und der globalen Verantwortung in Baden-Württemberg vor. Für die Anwesenden war es ein Erfolg und für die Gäste eine wichtige Erfahrung auch in Sachen Solidarität.

**26.–28. September 2025  
Gemeinsam gegen  
Gender-Based Violence**

Die internationale Konferenz „Südafrika und Deutschland in Solidarität: Gemeinsam gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ machte deutlich, dass Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen kein lokales, sondern ein globales Problem ist. Aktivist:innen, Jugendliche, Theolog:innen und Künstler:innen aus beiden Ländern diskutierten über Ursachen wie Patriarchat, Armut, gesellschaftliche Normen und historische



Traumata. Besonders betont wurde, dass Gewalt oft im nahen Umfeld stattfindet und durch digitale Formen wie Cybermobbing, Hassrede oder Stalking zusätzlich verstärkt wird. Gleichzeitig wurde klar: Schweigen schützt Täter, nicht Opfer. Hoffnung geben Jugendinitiativen, internationale Zusammenarbeit und der Gedanke von „Ubuntu“ – der Idee gemeinsamer Menschlichkeit. Die Konferenz rief dazu auf, Solidarität nicht bei Worten zu belassen, sondern sie in konkretes Handeln für Schutz, Gerechtigkeit und ein Leben ohne Angst umzusetzen. Mit Videobotschaften aus der Konferenz wurde im Rahmen der „16 Tage des Aktivismus gegen GBV“ (25. November bis 10. Dezember) eine Social Media Kampagne als ersten konkreten Schritt lanciert.

●● Rückblick Veranstaltungen

**10. Oktober 2025**  
**Verhandlungen ohne die Betroffenen? Versöhnung ohne Gerechtigkeit?**

Bei einer gut besuchten Veranstaltung organisiert vom Bündnis Völkermord verjährt nicht in Berlin diskutierten die Teilnehmenden über den gescheiterten Aufarbeitungsprozess zwischen Deutschland und Namibia. Im Zentrum stand die Kritik am ausgehandelten "Versöhnungsabkommen", das ohne ausreichende Beteiligung der betroffenen Communities entstanden ist und weder eine klare Anerkennung des Völkermords noch



verbindliche Reparationen vorsehe. Paul Thomas (NTLA) betonte, dass Gerechtigkeit Voraussetzung für Versöhnung sei und forderte einen Neustart der Verhandlungen unter Einbeziehung der Betroffenen. Auch aus menschenrechtlicher Perspektive wurde das Recht auf Wiedergutmachung und Selbstbestimmung hervorgehoben. Die Diskussion machte deutlich, dass koloniale Kontinuitäten fortbestehen – etwa in aktuellen Projekten wie dem geplanten Ausbau von grünem Wasserstoff – und dass ohne strukturelle Veränderungen keine echte Aufarbeitung möglich ist.

**14. Oktober 2025**  
**Stimmen der Gerechtigkeit aus Namibia**

Eine bewegende Veranstaltung in Mannheim verband Vortrag und Chormusik

zu einem eindrucksvollen Abend: Der Chor „Bridge Walkers“ aus Namibia berührte das Publikum mit Liedern aus verschiedenen lokalen Sprachen und erzählte musikalisch von Geschichte und Identität. Im Rahmen der attac-Speakers-Tour, an der die WÖK als Kooperationspartner beteiligt war, wurde zugleich Kritik an einem geplanten Wasserstoffprojekt im Süden Namibias laut, das ökologische Risiken birgt und koloniale Ungleichheiten fortschreiben könnte. In Videobotschaften und Beiträgen vor Ort wurde auf fehlende Beteiligung der lokalen Bevölkerung hingewiesen. Paul Thomas (NTLA) betonte zudem die anhaltenden Folgen des Kolonialismus. Die Kombination aus Musik und politischen Stimmen machte deutlich, wie eng kulturelle Ausdrucksformen, Erinnerung und aktuelle Kämpfe um Gerechtigkeit miteinander verbunden sind.



**22. November 2025**  
**Workshoptag in Frankfurt**

Gemeinsam mit der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)-Regionalgruppe Frankfurt, dem Bistum Limburg und den Christians for Future hatten wir in die Villa Gründergeist eingeladen. Bereits die Atmosphäre des Veranstaltungsortes sorgte bei den Teilnehmenden für eine gute Basis, um kreativ gemeinsam die Zukunft zu gestalten. In Workshops wurde zu den Themen „Wie der Handabdruck einen Beitrag für eine nachhaltige und solidarische Gesellschaft leisten kann“, „Neue Narrative für ein gutes

Leben für alle“ und „Wie die GWÖ die Wirtschaft am Gemeinwohl ausrichtet“ gearbeitet. Ergebnisse waren, wie der Handabdruck, als Weiterentwicklung des ökologischen Fußabdrucks, zu strukturellen Änderungen führen kann. Wie



gute Narrative es schaffen, durch Orientierung an den Menschenrechten und an globaler Gerechtigkeit, Menschen zu beeindrucken und zu ermuntern, sich z. B. für Weltoffenheit auszusprechen und sich klar gegen Rassismus zu positionieren. Und schließlich wurde dargelegt, wie der Wertemaßstab der GWÖ eine Alternative zu Gewinnmaximierung, Wachstums- und Wettbewerbsdenken darstellen kann. Insgesamt wurde deutlich, welches positive Veränderungspotenzial durch mehr Kooperation möglich ist.

**24. November 2025**  
**Transitional Justice in Südafrika: Wo bleibt die Gerechtigkeit?**

Die Volkshochschule Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zentrale Stelle nimmt jedes Semester ein anderes Land in den Blick und geht der Frage nach, wie begangenes Unrecht aufgearbeitet, anerkannt und gehandelt wurde, um Versöhnung zu erreichen und langfristig demokratische Institutionen

●● Rückblick Veranstaltungen



zu etablieren. 2025 stand Südafrika auf der Agenda und Simone Knapp wurde eingeladen darüber zu berichten, wie 30 Jahre nach dem offiziellen Ende der politischen Apartheid Südafrika immer noch mit Anerkennung der Opfer und deren Entschädigung kämpft. Im Zentrum des Vortrags stand einerseits der unentwegte Protest der Khulumani Support Group vor dem südafrikanischen Verfassungsgericht, andererseits die im Januar 2025 eingereichte Klage von fünfundzwanzig Überlebenden und Familien von Opfern. Sie fordert verfassungsrechtlichen Schadenersatz für das grobe Versäumnis der Regierung, politische Verbrechen aus der Apartheid-Ära angemessen zu verfolgen. Die Veranstaltung machte wieder einmal deutlich, dass solche Kämpfe leicht in Vergessenheit geraten, wenn politisch andere Themen auf der Agenda stehen. Gleichzeitig ist für viele Südafrika ein reines Urlaubsland, dessen Schattenseiten gerne ausgeblendet werden.

**24.–25. November 2025  
7. AU–EU Gipfel in Luanda**

Der Gipfel zielte darauf ab, die Partnerschaft in Bereichen wie Handel, Investitionen, Energie und dem „Global Gateway“ zu vertiefen. Parallel dazu organisierte die Zivilgesellschaft einen kritischen People’s Summit, der Defizite in Transparenz und Repräsentation im offiziellen Dialog thematisierte. Im Zentrum standen Forderungen nach gerechteren Handelsbeziehungen, Ernährungssouveränität, menschenrechtsbasiertem Rohstoffmanagement sowie einer Neubewertung von Schulden und Repa-

rationen. Kritisiert wurden insbesondere Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffsektor sowie ungleiche Agrar- und Handelsstrukturen. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen nutzten den Gipfel, um konkrete Empfehlungen zu formulieren und ihre Anliegen in politische Prozesse einzubringen. Damit wurde deutlich: Eine nachhaltige EU-AU-Partnerschaft erfordert strukturelle Reformen und eine stärkere Einbindung vielfältiger afrikanischer Perspektiven



**27./28. November 2025  
Bündnisstart der SynergisTen in Berlin**

„Gesellschaft zusammenbringen“ wurde in einem bundesweiten Auswahlprozess, initiiert vom Umweltbundesamt, als ein Projekt mit transformativem Potenzial gewürdigt und Joachim Langer nahm an der Auftaktveranstaltung teil. Statt einer wettbewerbsorientierten Anerkennungskultur, die Konkurrenzdenken und Erfolgsdruck fördert, verfolgen „Die SynergisTen“ einen kooperativen Ansatz. Sie haben das Ziel ein starkes Bündnis engagierter Transformationsakteur:innen aufzubauen. Der erste Tag stand ganz im Zeichen des Kennenlernens, der Motivation und der gemeinsamen Ziele. In offenen Gesprächsrunden und kurzen Arbeitsphasen entstand schnell ein Gefühl von Verbundenheit. Beim interaktiven Mapping wurde sichtbar, wie vielfältig das Know-how, die Schwerpunkte, aber auch die Herausforderungen sind.

An Tag zwei ging es um die Vertiefung in konkreten Kontexten: Welchen Bedarf bringen wir mit? Welche Potenziale stehen uns zur Verfügung? Ideen wurden konkretisiert, Optionen für die Zusammenarbeit entwickelt und erste Synergie-Cluster sichtbar. Infos hierzu unter: [www.die-synergisten.de](http://www.die-synergisten.de).

**4. Dezember 2025  
Jahrestreffen Forum Nachhaltige Beschaffung Baden-Württemberg**

Auch das 15. Treffen des Forums zeigte, dass sich weiterhin viele Akteure in Baden-Württemberg stark machen wollen für eine nachhaltige Beschaffung im Land. Mit dabei im Bürgersaal im Karlsruher Rathaus waren unter anderem Vertreter:innen verschiedener Kommunen, Verwaltungsmitarbeiter:innen, Vertreter:innen der Kirchen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen. Auf der Basis verschiedener Inputs und in Workshops wurde gemeinsam darüber diskutiert, wie die nachhaltige Beschaffung im Land weiter vorangebracht werden kann. Die zentralen Herausforderungen sind nach wie vor die vergaberechtliche Verankerung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und die Bereitstellung qualifizierter Serviceleistungen für Beschaffer:innen im Land.



## Handelspolitik

### Globaler Handelskontext und strategische Positionierung

● ● Mit der Wiederwahl von Donald Trump und der Umsetzung der im Wahlkampf angekündigten Zollpolitik war das Jahr 2025 von zunehmender Volatilität und Fragmentierung des globalen Handelssystems geprägt. Insbesondere die USA führten ein zunehmend aggressives Zollregime ein, dessen Maßnahmen vielfach als nicht mit multilateralen Handelsregeln vereinbar gelten. Parallel dazu intensivierten die USA ihre bilateralen Handelsverhandlungen und signalisierten damit eine deutliche Abkehr vom Multilateralismus.

In diesem Kontext sah ich meine Rolle darin, in Publikationen, Bildungsmaßnahmen und Lobbygesprächen die Auswirkungen dieser US-Handelspolitik auf Länder des Südlichen Afrika und des afrikanischen Kontinents insgesamt sichtbar zu machen. Gleichzeitig war es mir wichtig, die Verantwortung der EU und Deutschlands für die schleichende Erosion des multilateralen Handelssystems stärker in den Fokus zu rücken, anstatt die Entwicklungen ausschließlich auf die Politik der USA zu verengen.

Vor diesem Hintergrund unterstützte ich *Economics Africa* und *Brot für die Welt* bei der Konzeption und Durchführung eines strategischen Konsultationsprozesses mit Akteur:innen aus Afrika und Europa. Ziel war es, die zukünftige Relevanz handelspolitischer Advocacy im Kontext der Afrika–EU-Handelsbeziehungen über das Jahr 2025 hinaus kritisch zu reflektieren. Dieser Konsultationsprozess mit dem Titel „Reimagining the Relevance of Trade Policy Research and Advocacy on Africa–European Union Trade Relations Beyond 2025“ fand im Februar in Nairobi statt.

Im Zentrum standen sowohl strukturelle als auch aktuelle Fragestellungen: die Zukunft des multilateralen Handelssystems im Rahmen der World Trade Organization, die Auswirkungen bilateraler Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern anhand von Fallbeispielen aus Kenia und Simbabwe, das Entwicklungspotenzial sowie die strukturellen Grenzen der African Continental Free Trade Area, die neuen Dynamiken in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und Afrika nach dem Auslau-

fen von AGOA sowie die Auswirkungen der EU-Initiativen „Global Gateway“ und „European Green Deal“ auf afrikanische Volkswirtschaften. Die Konsultation bot eine wichtige Plattform für Austausch, kritische Reflexion und strategische Orientierung und trug dazu bei, die Positionierung afrikanischer und europäischer Akteur:innen in einem zunehmend fragmentierten globalen handelspolitischen Umfeld weiterzuentwickeln.

Die durch die US-Handelspolitik und den weitgehend ausbleibenden Widerstand anderer Industrienationen ausgelösten Dynamiken nahm ich auch auf die KASA-Dienstreise im März und April 2025 mit. In Gesprächen mit Vertreter:innen von Partnerorganisationen aus Südafrika, Eswatini, Simbabwe und Namibia diskutierte ich mögliche gemeinsame Strategien



Konsultation in Nairobi im Februar 2025

für Lobbyarbeit und zivilgesellschaftliche Interventionen in den jeweiligen Kontexten. Zentrale Impulse aus diesen Gesprächen flossen in meine weitere Arbeit im Jahresverlauf ein.

Eine wichtige Gelegenheit, diese Ansätze weiterzuentwickeln und Synergien mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus anderen Themenfeldern zu stärken, bot die 4. UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4), die vom 30. Juni bis 3. Juli 2025

in Sevilla stattfand. Die Konferenz eröffnete durch ihre vielfältigen Formate zahlreiche Möglichkeiten, in direkten Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger:innen die Bedeutung eines gerechten Welthandelssystems hervorzuheben. Zugleich nutzte ich die Gelegenheit, Akteur:innen aus anderen Politikfeldern für die zentrale Rolle von Handelspolitik in der globalen Entwicklungsagenda zu sensibilisieren. Die Konferenz begleitete ich mit kurzen Analysen, die auf der Website der WÖK sowie über Social Media veröffentlicht wurden.

Unmittelbar im Anschluss an die FfD4 arbeitete ich gemeinsam mit Brot für die Welt und Misereor an der Aktualisierung einer Stellungnahme zu den Ratifizierungen der Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) der EU mit Kamerun, Côte d'Ivoire und Ghana sowie zum regionalen Abkommen mit der SADC-EPA-Gruppe. Diese Stellungnahme habe ich im Juli beim BMZ eingereicht und im Oktober anlässlich der ersten Lesung dieser EPAs im Bundestag an die neu gewählten Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) des Deutschen Bundestages übermittelt. Wir plädierten sowohl in der aktualisierten als auch in der vorherigen Version der Stellungnahme für eine Ablehnung der Ratifizierungen. Aus meiner Sicht senden diese in der gegenwärtigen geopolitischen Lage ein



FfD4\_Sevilla



UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) im Juli 2025 in Sevilla

falsches Signal: Sie verstärken die ohnehin zunehmende Bedeutung bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen, die den multilateralen Rahmen seit Jahren untergraben, und tragen zugleich zur weiteren Fragmentierung afrikanischer Regionen bei. Diese Kritik und die damit verbundenen Argumente gegen die aktuellen Trends der Handels- und Investitionspolitik der EU gegenüber dem afrikanischen Kontinent versuchte ich auch im Kontext des EU-Afrika-Gipfels im November in Luanda in die Debatte einzubringen.

*Boniface Mabanza*

# Koloniale Kontinuitäten

## Genozidaufarbeitung im Gegenwind

●● Die Projektstelle „Deutsche Verantwortung in Namibia“ besteht seit dem 1. Mai 2025. Ihr Ziel ist es, durch Recherche- und Bildungsarbeit sowie gezielte Lobby- und Kampagnenarbeit Wissenslücken zur kolonialen Verantwortung Deutschlands zu schließen. Dies geschieht exemplarisch am Beispiel Namibia, wo die unzureichende Auseinandersetzung in Deutschland mit dem Genozid an den OvaHerero, Nama, Damara und San besonders deutlich wird.

Das erste Projektjahr war von schwierigen politischen Rahmenbedingungen geprägt: Mit der neuen Bundesregierung unter Friedrich Merz hat das Thema Kolonialismus an Priorität verloren. Während es unter der Ampel-Regierung noch rhetorische Bekenntnisse zur Aufarbeitung gab, werden diese inzwischen teils offen – etwa durch Kulturstaatsminister Wolfram Weimer und eine erstarkte AfD – infrage gestellt.

Gerade in solchen Zeiten ist ein Rückzug keine Option. Die Beharrlichkeit der Betroffenen bleibt zentraler Bezugspunkt und Motivation der gemeinsamen Arbeit im Bündnis „Völkermord verjährt nicht“, das von der Stelle koordiniert wird.

### Bündnis stärken – Sprechfähig werden

Ein Schwerpunkt lag auf der Stabilisierung des Bündnisses. Regelmäßige Treffen wurden wieder aufgenommen, Ziele geschärft und neue Partner gewonnen. Über das Thema „grüner Wasserstoff“ in Namibia konnten zudem Akteure aus der Umwelt- und Klimapolitik eingebunden und koloniale Kontinuitäten sichtbar gemacht werden. Mit ersten Publikationen oder einem Argumentationsleitfaden, der Fehl- und Verkürzungsdarstellungen systematisch begegnet und fundierte Gegenpositionen bereitstellt, soll die Debatte zum deutsch-namibischen „Versöhnungsprozess“ fundierter und Akteur:innen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft argumentativ stärker werden.

### Neue Wege gehen

Angesichts begrenzter Einflussmöglichkeiten auf nationaler Ebene wurde verstärkt an internationale Prozesse angeknüpft. Die wachsende Bedeutung von



Teilnehmende beim jährlichen Genozid Gedenkmarsch auf Shark Island im April

## Einblicke in die Projektarbeit



Genozid-Denkmal auf Shark Island

Reparationen in Debatten der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen eröffnet neue Handlungsspielräume. Eine zentrale Herausforderung bleibt, dass die Stimmen der OvaHerero und Nama in Deutsch-

land zu wenig Gehör finden. Die Projektstelle versteht sich daher als vermittelnde Struktur. Im Rahmen einer Konsultation mit dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung Surya Deva konnten wir Kritik am deutsch-namibischen Versöhnungsprozess einbringen und zugleich ermöglichen, dass Vertreter:innen der OvaHerero und Nama selbst sprechen. Dass zentrale Punkte in seinen Bericht eingeflossen sind, zeigt das Potenzial dieser Strategie.

## Erinnerungsarbeit vor Ort stärken

Ein weiterer Fokus liegt auf der Einbindung und Beratung kirchlicher Akteure, wie etwa einer Kirchengemeinde in Essen im Umgang mit einem kolonial belasteten Erinnerungsort. In partizipativen Formaten wird gemeinsam mit der Gemeinde und Vertreter:innen der betroffenen Communities erarbeitet, wie ein verantwortungsvoller Umgang aussehen kann und welchen Beitrag Kirche zu Gerechtigkeit leisten kann.

Insgesamt zeigt sich: Die Aufarbeitung des Genozids findet im politischen Gegenwind statt. Umso wichtiger bleibt es, kreative Wege zu gehen und beharrlich für Anerkennung, Gerechtigkeit und Reparationen einzutreten.

*Felix Henn*

## Projektstelle „Deutsche Verantwortung in Namibia“

Im Mai 2025 übernahm Felix Henn die Projektstelle bei der KASA. Ziel der Stelle ist es, durch Recherche, Bildungsarbeit sowie gezielte Lobby- und Kampagnenarbeit bestehende Wissenslücken zur kolonialen Verantwortung Deutschlands zu schließen – exemplarisch am Beispiel Namibia. Ein besonderer Fokus liegt auf der Auseinandersetzung mit dem Genozid an den OvaHerero, Nama, Damara und San sowie auf der Frage nach Anerkennung, Gerechtigkeit und Reparationen. Die Arbeit umfasst die Entwicklung von Bildungsangeboten für Schulen, Kirchengemeinden und zivilgesellschaftliche Gruppen ebenso wie die politische Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Projektstelle ist eng eingebunden in das zivilgesellschaftliche Bündnis „Völkermord verjährt nicht“ und arbeitet in direktem Austausch mit

Vertreter:innen der betroffenen Communities in Namibia. Ihre Perspektiven sollen in die deutsche Debatte eingebracht und sichtbar gemacht werden.

Felix Henn studierte Politikwissenschaft an der FU Berlin mit den Schwerpunkten globale politische Ökonomie sowie Sozialbewegungs- und Protestforschung. Von 2016 bis 2021 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassten unter anderem die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit sowie menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten. Anschließend arbeitete er in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen im FSJ Politik in Berlin und Brandenburg.

# Rohstoffgerechtigkeit

## Studie zu Rohstoffgerechtigkeit in Baden-Württemberg

●● 3,2 Tonnen pro Person – so hoch ist unser jährlicher Metallverbrauch in Baden-Württemberg. Damit liegt er mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Diese eindrückliche Zahl ist ein zentrales Ergebnis einer umfassenden Studie, die wir – finanziert vom Umweltministerium Baden-Württemberg – gemeinsam mit dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) und dem ifeu-Institut Heidelberg erarbeitet haben.

### Besondere Verantwortung Baden-Württembergs

Der hohe Metallbedarf lässt sich vor allem durch die starke Industrie im Land erklären, insbesondere durch die Automobilindustrie und den Maschinenbau. Im Fokus stehen aktuell Metalle wie Lithium, Kupfer und Kobalt, die für die Energiewende, die Digitalisierung und zunehmend auch für die Rüstungsindustrie von zentraler Bedeutung und damit sehr nachgefragt sind. Dabei verschärft sich der globale Wettbewerb um diese Rohstoffe rasant: Prognosen zufolge wird sich die Nachfrage nach Kobalt bis 2030 vervielfachen, während der Bedarf an Lithium bis 2040 um ein Vielfaches ansteigen dürfte. Hin-



Vorstellung der Studie bei der DEAB Herbstkonferenz

zu kommt: Baden-Württemberg ist zu 100 Prozent auf den Import metallischer Rohstoffe angewiesen. Lithium stammt aus den Salzseen Chiles, Kobalt aus der Demokratischen Republik Kongo und Nickel aus Indonesien. Baden-Württemberg und seine Industrie tragen aufgrund des hohen Metallverbrauchs eine besonders große Verantwortung für die globalen Auswirkungen des Rohstoffbedarfs. Denn während hierzulande Wertschöpfung, industrielle Weiterverarbeitung und Konsum stattfinden, sind die negativen Folgen des Abbaus vor allem in Ländern des Globalen Südens spürbar: verharrende Umweltzerstörungen, die Vertreibung ganzer Gemeinden, verschmutztes Grundwasser sowie Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- und Zwangsarbeit oder sexualisierte Gewalt, gehen mit dem Abbau einher. Gleichzeitig profitieren die Menschen in den Abbauregionen kaum von den Gewinnen, denn die Wertschöpfung bleibt überwiegend im Globalen Norden.

### Perspektiven aus den Abbauländern im Fokus

Genau diese globalen Zusammenhänge und Ungleichgewichte haben wir in der Studie „Rohstoffbedarf BW – Analyse, Risikobewertung und Zukunftskonzepte“ in den Blick genommen. Ein besonderer Fokus lag auf qualitativen Interviews, die wir mit zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Expert:innen aus zentralen Abbauländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Simbabwe, Indonesien, Chile, Peru und der Mongolei geführt haben. Sie berichteten von ihrer beeindruckenden Arbeit, den Bedingungen vor Ort sowie von konkreten Forderungen und Lösungsansätzen für eine gerechtere Rohstoffpolitik. Die Perspektiven aus den Abbauländern haben wir in einer begleitenden Broschüre aufbereitet und machen deutlich, wie sehr der Rohstoffabbau von Gewalt, fehlender Mitsprache, Umweltverschmutzung und tiefgreifenden sozialen Veränderungen geprägt ist. Darüber hinaus haben wir fünf Schlüsselrohstoffe für Baden-Württemberg identifiziert – Kupfer,

Einblicke in die Projektarbeit

Kobalt, Lithium, Wolfram und Aluminium – und diese anhand ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie ihrer sozialen und ökologischen Risiken bewertet. Besonders deutlich wird: Unser Metallbedarf in Baden-Württemberg wird unter anderem durch den Wandel zur Elektromobilität weiter steigen. Allein bis 2050 könnten in Baden-Württemberg rund 20 Millionen Tonnen metallischer Rohstoffe zusätzlich für die Neuzulassung von Autos benötigt werden. Die Ergebnisse machen deutlich, dass eine gerechte Rohstoffwende tiefgreifende strukturelle Veränderungen erfordert – sowohl in den Abbauländern als auch in den Importregionen. Dazu gehören eine drastische Senkung unseres Rohstoffbedarfs, eine konsequente Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards, transparente Lieferketten sowie die Stärkung der Rechte lokaler Gemeinschaften in den Abbauländern.

Studienergebnisse öffneten viele Türen

Das Interesse an den Ergebnissen der Studie war und ist groß. Im Jahr 2025 konnten wir dadurch die Perspektiven aus den Abbauländern und unsere Forderungen gezielt in verschiedene politische Prozesse einbringen. Auf der Entwicklungspolitischen Herbstkonferenz des DEAB, im Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg sowie bei einem



Vorstellung der Rohstoffstudie in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin

parlamentarischen Frühstück in Berlin haben wir die Studienergebnisse vorgestellt und mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert. Unser Ziel bleibt es, die Debatte um Rohstoffgerechtigkeit weiter voranzutreiben. Die Studie, die im Februar 2026 veröffentlicht wurde, bietet dafür eine fundierte Grundlage – und die Stimmen aus den Abbauländern machen deutlich: Eine gerechte Transformation kann nur gelingen, wenn globale Verantwortung konsequent mitgedacht wird.

*Felix Roll*

Netzwerk RohstoffGerecht Baden-Württemberg

Das Netzwerk RohstoffGerecht BW ist ein Zusammenschluss von rund 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Baden-Württemberg, die sich für eine global gerechte und nachhaltige Rohstoffpolitik einsetzen. Koordiniert unter anderem von uns als Werkstatt Ökonomie, bringen wir Akteur:innen aus Entwicklungspolitik, Umweltbewegung, Kirchen und Bildungsarbeit zusammen. Ziel des Netzwerks ist es, die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus stärker in die öffentliche und politische Debatte einzubringen. Durch Bildungsarbeit, Kampagnen und politische Advocacy Arbeit setzen wir uns für eine global gerechte Rohstoffwende ein.

Das Netzwerk trifft sich viermal im Jahr in Präsenz und versteht sich auch als Lernraum: Gemeinsame Weiterbildungen und der Austausch mit Expert:innen – auch aus den Abbauländern – sind ein zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle Baden-Württembergs als Industriestandort und der damit verbundenen globalen Verantwortung. Das Netzwerk lebt vom Engagement seiner Mitglieder und wir freuen uns über weitere Interessierte, die sich einbringen möchten.

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten: [www.rohstoffgerecht.de](http://www.rohstoffgerecht.de)

*Felix Roll*

# Rohstoffgerechtigkeit

## Der Kampf um die Lieferkettengesetze geht weiter

●● In unserem letzten Jahresbericht haben wir noch die Verabschiedung der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) gefeiert. Damit galt der Schutz von Menschenrechten entlang globaler Lieferketten nicht mehr nur in Deutschland, sondern erstmals einheitlich auf europäischer Ebene. Zwei zentrale Meilensteine für den Schutz globaler Menschenrechte, die wir durch jahrelanges Engagement der Zivilgesellschaft erkämpft haben. Die europäische Richtlinie ging dabei in vielen Punkten sogar über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus.

Doch bereits im Februar 2025 kündigte die EU-Kommission ein sogenanntes Omnibusgesetz an, mit dem Ziel, die Richtlinie erneut zu öffnen und zu „vereinfachen“. Nach intensiven politischen Auseinandersetzungen wurde dieses Gesetz im Dezember

2025 vom Europäischen Parlament verabschiedet. Das Ergebnis stellt aus Sicht des Menschenrechtsschutzes einen massiven Rückschritt dar.

### EU-Lieferkettenrichtlinie deutlich abgeschwächt

Zentrale Elemente der Richtlinie wurden im Zuge des Omnibusverfahrens erheblich verwässert. So wurde die ursprünglich vorgesehene einheitliche zivilrechtliche Haftungsregel gestrichen. Für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen wird es damit deutlich schwieriger, vor europäischen Gerichten Recht und Wiedergutmachung einzufordern. Auch Klimaschutzaspekte wurden aus dem Gesetz entfernt: Unternehmen sind nicht länger verpflichtet, Klimapläne im Einklang mit dem Pariser Abkommen umzusetzen.

Eine weitere gravierende Einschränkung betrifft den Anwendungsbereich: Direkt erfasst werden künftig nur noch sehr große Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von über 1,5 Milliarden Euro. Würde diese Schwelle in deutsches Recht übernommen, wären hierzulande nur noch rund 150 Unternehmen betroffen. Etwa 95 Prozent der Unternehmen, die bislang unter das deutsche Lieferkettengesetz fallen, würden damit herausfallen. Ein solcher Rückschritt wäre jedoch völkerrechtlich problematisch, da das sogenannte Regressionsverbot es verbietet, bereits erreichte Standards beim Menschenrechtsschutz abzusenken.



Kampagne Gewinne ohne Gewissen der Initiative Lieferkettengesetz

### Zivilgesellschaftlicher Druck wirkt

Die weitreichenden Abschwächungen zeigen, wie stark wirtschaftliche Lobbyinteressen auf europäischer Ebene wirken und wie sehr Menschenrechte, Umwelt- und Arbeitnehmer:innenrechte unter Druck geraten sind. Politisch ermöglicht wurde dies durch eine



Gemeinsam mit über 50 Gästen diskutierten wir in Stuttgart unter anderem mit dem EU-Abgeordneten René Repasi

bewusste Zusammenarbeit der EVP mit CDU und CSU und den Rechtsextremen Parteien im Europäischen Parlament. Die Konservativen haben somit für die Abschwächungen von zentralen Menschenrechten erstmals die Brandmauer eingerissen.

## Die Initiative Lieferkettengesetz wirkt

Als Teil des Steuerungskreises der Initiative Lieferkettengesetz haben wir diese Entwicklungen auch 2025 kritisch begleitet und uns aktiv gegen die Aufweichung der Regelungen eingesetzt. Gemeinsam mit über 90 zivilgesellschaftlichen Organisationen haben

wir durch Kampagnen, Fachveranstaltungen und direkte Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen dazu beigetragen, den Druck für eine ambitionierte Ausgestaltung der Gesetze aufrechtzuerhalten.

Ein wichtiger Baustein war eine Fachveranstaltung, die wir gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Bad Boll, Südwind und Mehr Wert! organisiert haben. Dort diskutierten wir die bisherigen Wirkungen des deutschen Lieferkettengesetzes, bestehende Herausforderungen in der Umsetzung sowie zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien für die kommenden Jahre.

Dabei wurde auch deutlich: Zivilgesellschaftlicher Druck wirkt. Trotz der erheblichen Abschwächungen konnte verhindert werden, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig gestrichen wird – ein Szenario, das zeitweise politisch im Raum stand.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahres zeigen jedoch klar: Die Lobby des Kapitals ist stark und zivilgesellschaftliche Errungenschaften sind keineswegs gesichert. Umso wichtiger ist es, den Druck aufrechtzuerhalten. Für uns bedeutet das insbesondere, darauf zu drängen, dass das bestehende deutsche Lieferkettengesetz im Zuge der europäischen Umsetzung nicht abgeschwächt wird – und völkerrechtliche Standards konsequent eingehalten werden.

*Felix Roll*

# Voice and Space

## Angola: Lobbyarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Rohstoffpolitik und Menschenrechten

●● Im Jahr 2025 hat die Werkstatt Ökonomie im Auftrag von Brot für die Welt und Misereor Lobbyarbeit zur Unterstützung ihrer Partnerorganisationen zunächst in Angola übernommen. Ziel war es, die Perspektiven angolanscher zivilgesellschaftlicher Akteure stärker in politische Dialogprozesse auf deutscher und europäischer Ebene einzubringen und auf angolanscher Seite von den langjährigen Erfahrungen der KASA zu lernen. Im Folgejahr sollte die Arbeit auf Mosambik ausgeweitet werden.

### Thematische Schwerpunktsetzung und Vorbereitung

Bereits im Vorfeld hatten Brot für die Welt und Misereor gemeinsam mit ihren Partnern vier zentrale Handlungsfelder identifiziert: allgemeine Menschenrechtsfragen, insbesondere im Kontext des geplanten NGO-Gesetzes, die Auswirkungen der extraktiven Industrie sowie Fragen des Landrechts. Diese Themen spiegeln zentrale Konfliktlinien in Angola wider, wo wirtschaftliches Wachstum – stark geprägt durch Öl- und Rohstoffexporte – häufig mit sozialen Ungleichheiten, eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen und Landkonflikten einhergeht.



Zivilgesellschaftlicher Gegengipfel anlässlich des EU-AU-Gipfels in Luanda

Die Relevanz dieser Themen zeigte sich im Jahresverlauf deutlich: Proteste im Sommer 2025 gegen steigende Lebenshaltungskosten wurden gewaltsam niedergeschlagen, begleitet von zahlreichen Festnahmen und Berichten über Polizeigewalt. Zugleich steht die Zivilgesellschaft unter wachsendem Druck – etwa durch gesetzliche Vorhaben, die ihre Handlungsspielräume weiter einschränken könnten.

Zur fundierten Vorbereitung gehörte eine vertiefte Analyse der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft des Landes. Dabei spielte die Zusammenarbeit mit der mosambikanischen Organisation AMARC eine wichtige Rolle. AMARC stellte monatliche Briefing Papers zu den genannten Themenfeldern bereit und ermöglichte so eine kontinuierliche Einschätzung aktueller Entwicklungen und politischer Dynamiken vor allem in Angola und Mosambik.

### Aufbau von Beziehungen und erste Abstimmungen

Ein erster wichtiger Meilenstein war ein Online-Meeting zum gegenseitigen Kennenlernen im Mai 2025, bei dem Vertreter:innen der Partnerorganisationen, der kirchlichen Werke und von der Werkstatt Ökonomie zusammenkamen. Dieses Treffen diente nicht nur der Vernetzung, sondern auch der Klärung gemeinsamer Erwartungen an die Lobbyarbeit sowie der Priorisierung konkreter Anliegen für den politischen Dialog.

### Lobbyarbeit gegenüber dem Auswärtigen Amt

Ein zentrales Instrument der politischen Einflussnahme war die Erarbeitung eines Aide-Mémoires für Gespräche mit dem Auswärtigen Amt. Dieses Dokument bündelte die zentralen Forderungen und

## Einblicke in die Projektarbeit

Einschätzungen der Partnerorganisationen und sollte als Grundlage für den Austausch mit zuständigen Referaten dienen.

Allerdings wurden die Aide-Mémoire erst relativ spät – im November 2025 – übergeben, so dass im Jahr 2025 keine weiterführenden Gespräche mit den zuständigen Referent:innen des Auswärtigen Amtes stattfinden konnten. Dies verdeutlicht eine strukturelle Herausforderung der Lobbyarbeit: Politische Zeitfenster sind oft eng, und Verzögerungen können direkte Auswirkungen auf die Wirksamkeit von Lobby-Maßnahmen haben.

## Engagement im Kontext der EU-Afrika-Beziehungen

Parallel dazu beteiligte sich die Werkstatt Ökonomie an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Vorfeld des 7. EU-Afrika-Gipfel, der im November in Angolas Hauptstadt Luanda abgehalten worden ist. Geplant wurde unter anderem ein zivilgesellschaftlicher Gegengipfel, der Raum für kritische Perspektiven auf die europäisch-afrikanischen Beziehungen schaffen sollte – insbesondere in Bezug auf Ressourcenpolitik, Handelsstrukturen und Menschenrechte.

In diesem Zusammenhang reiste Boniface Mabanza nach Luanda, um vor Ort an Austauschformaten teilzunehmen und die Anliegen der Partnerorganisationen einzubringen. Seine Teilnahme trug dazu bei, Verbindungen zwischen afrikanischen und europäischen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu stärken und kritische Diskurse sichtbar zu machen. Gleichzeitig konnten hier erste persönliche Kontakte geknüpft werden, die dann im Jahr 2026 bei der ersten Dienstreise der beiden KASA Referent:innen intensiviert werden sollten.

Insgesamt zeigt die Arbeit zu Angola in diesem Jahr, wie eng Fragen von Rohstoffpolitik, sozialer Gerechtigkeit und zivilgesellschaftlichen Freiräumen miteinander verwoben sind und wie wichtig es bleibt,



7. AU-EU-Gipfel im November in Luanda

auch die Perspektiven der angolischen Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse und Diskurse in Deutschland und Europa einzubringen. Deutschland und die EU beeinflussen mit Initiativen wie dem Sustainable Investment Facilitation Agreement sowie dem Lobito-Korridor im Rahmen der Global-Gateway-Strategie zunehmend wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklungen in Angola. An diese Schnittstelle zwischen externer Einflussnahme und nationaler Politikgestaltung wird die Lobbyarbeit der Werkstatt Ökonomie in den kommenden Jahren gezielt anknüpfen.

*Simone Knapp*

# Voice and Space

## KASA Dienstreise

● ● Die Dienstreise ins südliche Afrika im Jahr 2025 umfasste zahlreiche Fachgespräche und Austauschformate mit Partnerorganisationen und relevanten Akteur:innen der Region. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen aktueller globaler Umbrüche sowie zentrale regionale Herausforderungen. Die gewonnenen Einblicke flossen direkt in die Weiterentwicklung unserer inhaltlichen Arbeit und strategischen Ausrichtung ein.

In **Südafrika** standen zunächst die Nachwirkungen von Migration, sozialer Ungleichheit und unvollendeter Aufarbeitung der Apartheid im Fokus. Gespräche mit Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen zeigten, wie sehr Fragen von Reparationen, Landbesitzverhältnissen und sozialer Teilhabe weiterhin ungelöst sind und sich im Kontext globaler politischer Verschiebungen zusätzlich verschärfen.

Bei den Begegnungen zu und in **Swasiland** berichteten Vertreter:innen von Exilgruppen, Kirchen



Treffen mit Aktivist\_innen aus Swasiland im Exil in Johannesburg

und Menschenrechtsorganisationen von politischer Verfolgung, eingeschränkten Freiheitsrechten, wachsendem Druck auf zivilgesellschaftliche Räume sowie zunehmender Armut. Gleichzeitig wurde die zentrale Rolle kirchlicher Akteure, von Frauenorganisationen und jungen Menschen als Träger eines fragilen gesellschaftlichen Widerstands deutlich.

Die Gespräche in **Simbabwe** bestätigten, dass sich das Land in einer tiefen politischen Stagnation befindet, für die derzeit keine tragfähige Lösung erkennbar ist. Angekündigte Proteste mobilisierten kaum, nicht zuletzt wegen der allgegenwärtigen Repression staatlicher Sicherheitskräfte. Gleichzeitig traten deutliche Risse innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF zutage, insbesondere im Zusammenhang mit Debatten über eine mögliche Amtszeitverlängerung des Präsidenten. Gesprächspartner:innen berichteten zudem von einer weitgehenden Verdrängung der Opposition sowie einer zunehmend eingeschränkten Zivilgesellschaft, die durch neue Gesetze – dem PVO Bill – zusätzlich unter Druck gerät.

Ein besonders eindrücklicher Abschluss der Reise war die Teilnahme an den Gedenkfeiern auf Shark Island in **Namibia** – einem zentralen Ort des deutschen Genozids an den OvaHerero und Nama. Der Besuch machte die historische Dimension der Gewalt ebenso greifbar wie ihre Gegenwart: Das ehemalige Konzentrationslager, in dem tausende Menschen starben, ist bis heute ein umkämpfter Erinnerungsort.



Protest vor dem Verfassungsgericht der Opfer von Apartheidverbrechen

Einblicke in die Projektarbeit

In Zeremonien, Trauermärschen und künstlerischen Performances wurde das Leid der Vorfahren erinnert und zugleich politisch eingeordnet. Das Gedenken ist dabei eng verbunden mit aktuellen Forderungen nach Anerkennung, Entschuldigung und Reparationen.

Gleichzeitig wurde die Bedrohung dieses Ortes durch geplante Infrastrukturprojekte deutlich. Der anvisierte Ausbau des Hafens für den möglichen Export des grünen Wasserstoffs nach Europa steht exemplarisch für neue Formen extraktiver Wirtschaftsbeziehungen als Fortsetzung kolonialer Muster.

Über alle Stationen hinweg zog sich damit ein roter Faden: Die Auseinandersetzung mit kolonialer Vergangenheit ist keine abgeschlossene historische Aufgabe, sondern prägt politische Kämpfe der Gegenwart – von Harare bis Lüderitz.

*Simone Knapp und Boniface Mabanza*



Genozid Gedenkfeier am 12. April 2025 auf Shark Island, Namibia

## Menschenrechtsarbeit

Die Arbeit an den Aide-Mémoires des Forum Menschenrechte bildete wieder einen zentralen Bestandteil der menschenrechtlichen Lobby-Arbeit. Insgesamt wurden 90 Aide-Mémoires durch die Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Grundlage sind dabei die Expertise der Mitgliedsorganisationen sowie die Erfahrungen ihrer lokalen Partner weltweit. Die Aide-Mémoires dienen als strategisches Instrument zur Politikberatung und wurden am 19. November 2025 im Rahmen eines Austauschs an den Bundesaußenminister Wadephul übergeben. Ziel ist es, die Analysen und Empfehlungen in die deutsche Außen- und Menschenrechtspolitik einzubringen und eine kohärente sowie glaubwürdige Ausrichtung zu stärken. Die KASA koordinierte und schrieb maßgeblich an vier Länderpapieren mit. Neben Simbabwe, Swasiland und Namibia war für dieses Jahr aufgrund der neu aufgenommenen Arbeit Angola



Übergabe der Aides Memoires an Außenminister Wadephul

zum ersten Mal dabei und stellt einen wichtigen Baustein für die Lobbyarbeit auch der Partner im Land selbst dar. Gespräche mit den jeweiligen Länderreferent:innen wurden aufgrund des späten Termins auf das nächste Jahr verschoben.

*Simone Knapp*

# Sozial-ökologischer Umbau

## „Gesellschaft zusammenbringen“

●● Im Pilot-Projekt „Gesellschaft zusammenbringen“ in Heidelberg wurden im Jahr 2025 wichtige Grundlagen für ein „gutes Leben für alle“ erarbeitet. Die Arbeitsgruppe traf sich regelmäßig, um Handlungsansätze und Mitmachformate zu entwickeln sowie die Anwendung der Werteorientierung nach dem Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) einzuüben. Im Fokus standen die Fragen: wie kann eine Wirtschaft gestaltet werden, die nicht auf Gewinnmaximierung, Wachstum und Wettbewerb, sondern auf Gemeinwohl setzt? Definiert durch Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit sowie Mitbestimmung und Transparenz. Dabei spielt Genügsamkeit eine zentrale Rolle. Wie müssen Regeln und Rahmenbedingungen aussehen, die die Bürger:innen einladen, nachhaltig und global gerecht zu handeln? Denn die bestehenden „Spielregeln“ und Gesetze machen es uns leicht, nicht nachhaltig zu handeln und den Status quo, z. B. globale Ungerechtigkeit, zu erhalten.

Eine zentrale Herausforderung war und bleibt, Vertreter:innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammenzubringen und eine gemeinsame Basis zu schaffen. Viele Partner:innen zeigen zwar Interesse, verfügen jedoch oft nicht über die notwendigen Kapazitäten, um sich aktiv einzubringen. Sie arbeiten an ähnlichen Zielen, aber oft nur in ihrem Umfeld. Naturschutzverbände kümmern sich um die Umwelt, Sozialverbände um Menschen. Dennoch wuchs die Anzahl von 20 auf über 30 potenzielle Partner:innen – wobei einige bisher nur punktuell mitwirken.

### Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

2025 war kein einfaches Jahr: Die Politik setzte vermehrt auf Wachstum und nationale Interessen, während sozial-ökologische Themen und Menschenrechtsstandards wieder zurückgedreht wurden. Gleichzeitig hatten viele Organisationen weniger finanzielle und personelle Ressourcen, was die Teilnahme an übergeordneten Aktivitäten, wie dem Bündnis, erschwerte.

Auf diesen Gegenwind reagierten wir flexibel: Statt darauf zu warten, dass Vertreter:innen von Organisationen, Initiativen und Institutionen zu den Treffen kommen, wurden Workshops und Projektvorstellungen direkt vor Ort angeboten. Zudem wurde das Format „Beiträge für ein gutes Leben für alle“ entwickelt, das die Expertise der Organisationen aufgreift, ein einfaches Mitmachen ermöglicht, gleichzeitig für eine hohe Identifikation und ein Gemeinschaftsgefühl sorgt. Darüber hinaus generierten wir Synergieeffekte, indem wir in anderen Initiativen und Bündnissen, wie z. B. „Kein Schritt nach Rechts in Heidelberg“, mitarbeiteten.

### Ausblick auf 2026

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wurde mit dem Pilot-Projekt eine Alternative zum „weiter so“ entwickelt. Nun steht die Einholung der Beiträge der



Arbeitsgruppe Gesellschaft zusammenbringen

Bündnispartner:innen im Mittelpunkt. Ziel ist es, die „Sehnsucht für ein gutes Leben für alle“ zu wecken und mit vielen kreativen Beiträgen aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft in einem ersten Schritt auf lokaler Ebene eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Alle Beiträge, ergänzt um gute Beispiele, werden zu einem Impulspapier „Das gute Leben für alle in Heidelberg – mit fairen Regeln

und für globale Gerechtigkeit“ zusammengefasst und sollen Politik und Verwaltung als Orientierung und Impuls dienen. Das Pilot-Projekt zeigt, dass das Thema „gutes Leben für alle und Regeln, die uns einladen nachhaltig zu handeln“ einen Beitrag leisten kann, um der Spaltung der Gesellschaft sowie der weiteren Ausbeutung von Menschen und Umwelt etwas entgegenzusetzen.

*Joachim Langer*

## Stand der Debatte um ein Grundeinkommen in Südafrika

Im Zentrum steht die Frage, ob die während der COVID-19-Pandemie eingeführte Sozialhilfe „Social Relief of Distress“ (SRD) in ein dauerhaftes Einkommenssicherungssystem überführt werden soll. Südafrika ist von extremer Ungleichheit und hoher Arbeitslosigkeit geprägt, was den politischen Druck für Reformen verstärkt – ein Thema, das auf der Dienstreise der KASA von vielen Partnerorganisationen angesprochen worden war.

Die SRD richtet sich bislang gezielt an arbeitslose, einkommenslose Personen und ist an Bedürftigkeitsprüfungen gebunden. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von einem universellen Grundeinkommen, das allen Bürger:innen unabhängig von ihrer Lebenslage zustehen würde. Während zivilgesellschaftliche Organisationen ein solches universelles Modell fordern, befürwortet die Regierung eher eine dauerhafte, aber weiterhin zielgerichtete Unterstützung.

Zusätzlichen Reformdruck erzeugte ein Urteil des High Court Anfang 2025, das Teile der SRD-Regelungen für verfassungswidrig erklärte und Verbesserungen beim Zugang sowie bei der Auszahlung verlangte. Gleichzeitig zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der SRD erhebliche administrative Probleme, etwa bei Anträgen und Auszahlungen.

Innerhalb von Politik und Gesellschaft besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass ein dauerhaftes Unterstützungsinstrument notwendig ist. Strittig bleibt jedoch die konkrete Ausgestaltung: ein bedarfsorientiertes Modell oder ein universelles Grundeinkommen. Die kommenden politischen Entscheidungen – insbesondere zur Finanzierung, Gesetzgebung und praktischen Umsetzung – werden maßgeblich bestimmen, welchen Weg Südafrika einschlägt.

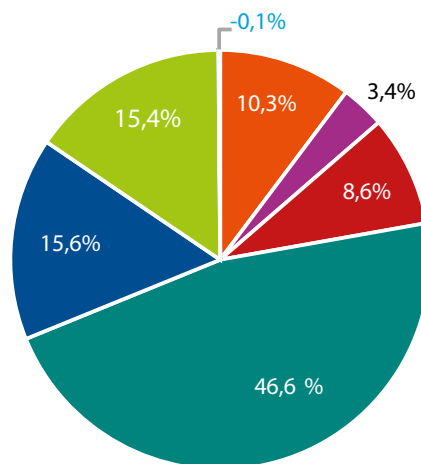
*Simone Knapp*

# Finanzübersicht

## Einnahmen nach Einnahmenart (Euro)

Spenden/Mitgliedsbeiträge	44.329,04
Vortrags- und andere Honorare	14.636,50
Projektunabhängige Zuwendungen	37.000,00
Projektgelder Kirchl. Arbeitsstelle Südl. Afrika	201.611,00
Projektgelder Wirtschaft & Menschenrechte	67.625,30
Projektgelder Religion & Transformation	66.424,16
Sonstige Einnahmen	153,25
Einlage in Rücklage	-471,27

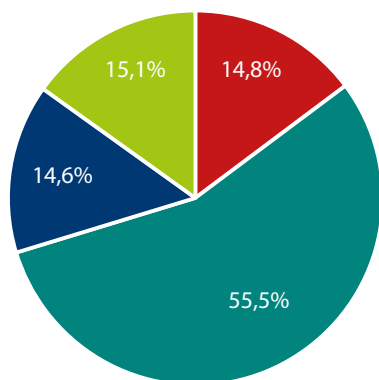
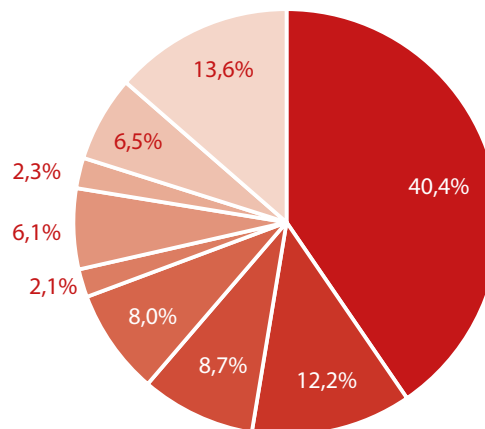
**Summe der Einnahmen 431.307,98**



## Einnahmen nach Zuwendungsgeber (< 9.000,- €)

Brot für die Welt	174.433,48
Misereor	52.500,00
Dachverband Ent. BaWü DEAB	37.436,30
Engagement Global	34.590,68
Evang. Kirche in Hessen und Nassau EKHN	9.200,00
KIT	26.400,00
Evang. Kirche in Baden	10.000,00
andere	28.100,00
Eigenmittel	58.647,52

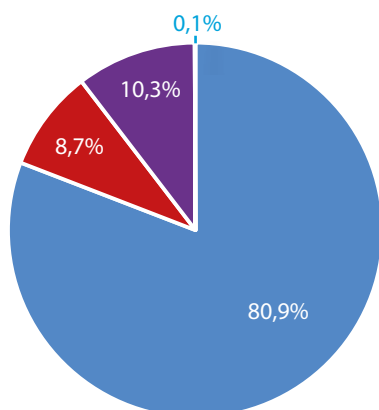
**Summe der Einnahmen 431.307,98**



## Ausgaben nach Projektbereichen inkl. Personal (Euro)

Projektunabhängige Ausgaben	63.740,91
Kirchl. Arbeitsstelle Südl. Afrika	239.420,03
Wirtschaft & Menschenrechte	62.997,19
Religion & Transformation	65.149,85
Sonstige Ausgaben	0,00

**Summe der Ausgaben 431.307,98**



## Ausgaben nach Ausgabenart (Euro)

Personalkosten gesamt	348.774,02
Projektunabhängige Sachausgaben	37.635,19
Projektgebundene Sachausgaben	44.566,11
Sonstige Ausgaben	332,66

**Summe der Ausgaben 431.307,98**

**Hinweis:** Die Rechnungslegung der Werkstatt Ökonomie wird jährlich durch das Diakonische Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden geprüft. Der Bericht kann angefordert werden.

## Publikationen

WÖK Newsletter 1 (März), 2 (Mai), 3 (Juli), 4 (September), 5 (November)

Projekt-Info Gesellschaft zusammenbringen 1 (Mai), 2 (September), 3 (November)

Argumente und Forderungen für den Erhalt und die Stärkung des Lieferkettengesetzes, Initiative Lieferkettengesetz [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/06/Argumentationshilfe\\_Rettet-mit-uns-das-Lieferkettengesetz.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/06/Argumentationshilfe_Rettet-mit-uns-das-Lieferkettengesetz.pdf)

Folder „Gesellschaft zusammenbringen“ 2025: [https://www.woek.de/images/Trafo\\_Unterlagen/Folder\\_Gesellzusam.pdf](https://www.woek.de/images/Trafo_Unterlagen/Folder_Gesellzusam.pdf)

### Zeitschriften/Buchartikel

Simone Knapp, Südafrika: Der Stand der Debatte um ein Grundeinkommen. In: Afrika Süd Heft 4/2025, Oktober-Dezember.

Simone Knapp, Pressefreiheit in Namibia und der Fall Jonathan Beukes. In: Afrika Süd Heft 4/2025, Oktober-Dezember.

Simone Knapp, Swasiland/Eswatini: Afrikas letzte absolute Monarchie. In: Welt-sichten Heft 5/2025 (September).

Simone Knapp, Es ist nicht alles Gold...« Überlebenskünstler und Tote in Südafrikas Minen. In: express 1/2025. [https://www.express-afp.info/wp-content/uploads/25-01\\_ist-nicht-alles-gold.pdf](https://www.express-afp.info/wp-content/uploads/25-01_ist-nicht-alles-gold.pdf)

Felix Henn, Namibia: Versöhnungsabkommen zum Völkermord auf der Anklagebank. In: Afrika Süd Heft 4/2025. Oktober-Dezember.

Felix Roll, „The Länd“ und seine Rohstoffe. In: Südzeit Nr. 105. Juni 2025.

Felix Roll, The Länd und die Rohstoffe. In: Südzeit Nr. 107. Dezember 2025.

Boniface Mabanza Bambu & Marita Wagner, Grüne Zukunft, Koloniale Schatten. Das Wasserstoppprojekt im Kontext des deutschen Kolonialerbes in Namibia. In: R. Boschki, E. Migge, S. Pittl, F.Schiefen, M. Schüßler (Hg.), Verflochtene Erinnerung. Theologische und interdisziplinäre Beiträge zur Memoria passionis in der globalisierten Gegenwart, transcript Verlag, 2026, 229–40.

Boniface Mabanza Bambu, Der lange Schatten des Kolonialismus. In: Brot für die Welt Analyse Nr.110 (2025): Umsteuern jetzt. Nur internationale Gerechtigkeit schafft soziale Sicherheit, 18–25.

Wolfgang Obendland, Jürgen Knirsch und Boniface Mabanza Bambu, Zollbruchstellen im System. Für eine gerechte, inklusive und nachhaltige globale Handelspolitik über die WTO hinaus, Trafo Paper (März 2026), 15 Seiten. <https://www.woek.de/images/trafopaper4-zollbruchstellen.pdf>

Boniface Mabanza Bambu, Donald Trump und Afrika, in Welt-Sichten, 27.Mai 2025. <https://www.welt-sichten.org/artikel/44062/donald-trump-und-afrika>

### Interview

Livepodcast „Solidaritätsbewegungen früher und heute“ Folge 5: Simone Knapp zu aktuellen Projekten der KASA. Issa e.V., September 2025. <https://www.youtube.com/watch?v=jmrXPTXeQIU>

Interview „Radio Z“ Felix Roll zum aktuellen Stand des deutschen und europäischen Lieferkettengesetzes.

Interview „Radio Dreyeckland“ Felix Roll: Angst vor Beschneidung bei EU-Lieferkettengesetz, 6. Februar 2025. <https://rdl.de/beitrag/angst-vor-beschneidung-bei-eu-lieferkettengesetzes>,

WDR Zeitzeichen: Boniface Mabanza, im Zeitzeichen: Ein Degendieb als Symbol für den antikolonialen Kampf des Kongo, 29.06.2025. <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/zeitzeichen/audio-ein-degendieb-als-symbol-fuer-den-antikolonialen-kampf-des-kongo-100.html>

Arte: Boniface Mabanza: Agree to disagree! Entwicklungszusammenarbeit: Wer hilft wem? <https://www.arte.tv/de/videos/118858-002-A/agree-to-disagree/>

Glokal Erklär-Video: Boniface Mabanza: Kolonialismus reloaded? Der lange Schatten des Kolonialismus. [https://www.youtube.com/watch?v=Tf6Iim3SH\\_Y](https://www.youtube.com/watch?v=Tf6Iim3SH_Y)

### Social Media

<https://www.linkedin.com/company/105181517/admin/page-posts/published/>

<https://www.facebook.com/WOeK.KASA>

[https://www.instagram.com/werkstatt\\_oekonomie/](https://www.instagram.com/werkstatt_oekonomie/)

<https://genocide-namibia.net/>

<https://www.instagram.com/verjaehrtnicht/>



## Impressum

Herausgeberin: Werkstatt Ökonomie e.V.,  
Landhausstraße 17, 69115 Heidelberg, Telefon 06221 3618753  
E-Mail [info@woek.de](mailto:info@woek.de), Internet [www.woek.de](http://www.woek.de)

Redaktion: Simone Knapp

Texte: Simone Knapp, Joachim Langer, Dr. Boniface Mabanza Bambu,  
Felix Roll, Felix Henn, Birgit Albrecht

Fotos:

Teamfotos: Michael Blaser

S. 10 linke Spalte: Jochen Steinmetz

S. 9 mittlere Spalte: SEZ fotonoid

S. 25 unten: Phototek Amrei Schulz

alle übrigen: Werkstatt Ökonomie

Konzept & Layout: Bettina Bank, Heidelberg

Druck: Sonnendruck, Wiesloch

© Werkstatt Ökonomie, Mai 2026

Abdruck und sonstige Publikation sind erwünscht, jedoch nur unter  
Angabe der Quelle gestattet.

### **Spendenkonto**

Werkstatt Ökonomie, IBAN DE12 4306 0967 8018 8516 01

GLS Gemeinschaftsbank eG, BIC GENODEM1GLS

Die Werkstatt Ökonomie ist als gemeinnützig anerkannt und kann  
Spendenbescheinigungen ausstellen.



